

# Transparente Wasserpreise gefordert

Was genau steht im geheimen Vertrag zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe? Initiative fordert vom Senat Offenlegung

BERLIN. Die Berliner müssen für kühles Nass tief in die Tasche greifen. Eine Ursache für die hohen Preise ist nach Ansicht von Experten unterschiedlicher Couleur in der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) zu suchen. Der Vertrag wird als weitgehend geheim unter Verschluss gehalten.

Bis jetzt. Die Initiative „Berliner Wassertisch“ strebt einen Volksentscheid zur Offenlegung an. „Ich will wissen, was in den Geheimverträgen steht“, sagt Eigenheimbesitzerin Angela

2002 pro Kubikmeter 4,18 Euro, inzwischen sind es 5,64 Euro.

Gleiches gilt auch für die Kommune. Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf bekam für Be- und Entwässerung des Charlottenburger Rathauses an der Otto-Suhr-Allee 2004 eine Rechnung in Höhe von 46 600 Euro. Zwei Jahre später waren es bereits 56 100 Euro. Insgesamt betragen die Wasserkosten in Charlottenburg-Wilmersdorf jährlich mehr als zwei Millionen Euro. „Dabei nutzen wir zum Bewässern der Grünanlagen viel Eigenwasser aus Brunnen“, so Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU). Sonst fiel die Rechnung noch höher aus.

Ansätze, die Wasserpreise anzufechten, gab es bereits mehrere. So klagte der Verband Berlin-Brandenburgischer Woh-



Michel Tschuschke und Ulla Putze-Breidenstein von der Initiative „Berliner Wassertisch“ sammeln in ganz Berlin Unterschriften für das Volksbegehren.

Foto: Augen-Blick, Grafik Wasserbahn: Woodhacker, fotolia.com

freiheit, dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, der Berufsfreiheit und dem Eigentumsrecht.“

Inzwischen wird die Berliner Landesregierung auch noch rechtlich in die Zange genommen. Der Berliner Abgeordnete Heidi Kosche (Bündnis 90/Die Grünen) wurde bisher als gewählter Volksvertreterin die uneingeschränkte Akteneinsicht verwehrt.

Zu Unrecht, wie der Landesverfassungsgerichtshof im Juli entschied. „Nur äußerst wichtige Gründe könnten die Akteneinsicht einschränken“, so Heidi Kosche. „Das Gericht hat zudem gesagt, wenn ein Privater mit dem Staat Verträge abschließen muss, er sich den strengeren Transparenzbedingungen, denen der Staat unterliegt, unterordnen.“ Die Abgeordnete ist gespannt, wann sie die 180 Aktenordner mit 90 000 Seiten end-

lich zu Gesicht bekommt. „Wir erarbeiten dazu eine Senatsvorlage“, erklärt Jan Köhler, Leiter des Büros des parteilosen Berliner Finanzsenators Ulrich Nußbaum. Wenig Aussicht auf Erfolg sei aber dem Wunsch der Initiative „Berliner Wassertisch“ beschieden, die privaten Anteile der Berliner Wasserbetriebe zurückzukaufen. „Eine vorzeitige Auflösung des Vertrags wird teuer, weil die Firmen Schadensersatz fordern können“, betont Jan Köhler.

Der Vertrag habe eine Laufzeit bis zum Jahr 2028 und sei dann erstmals kündbar. Einen weiteren Mosaikstein auf dem

Weg zur Klärung, warum das Wasser in Berlin so teuer ist, könnte das Bundeskartellamt beisteuern. Es wird voraussicht-

lich bis Ende des Jahres seine Expertise erstellen. Damit erhofft sich Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke) offensichtlich eine neutrale Stellungnahme. Denn Wolf ist sowohl Aufsichtsratsvorsitzender der BWB als auch Chef des Landeskartellamtes.

Land Berlin bekommt mehr

Für die BWB ist der Streit um die Verträge unverständlich. „Im vergangenen Jahr erhielt das Land Berlin etwa 200 Millionen Euro von unseren Erlösen, RWE und Veolia zusammen etwa 130 Millionen“, sagt der Sprecher der Berliner Wasserbetriebe, Stephan Natz. Das entspricht den Anteilen der Eigner. Das Land erhalte mehr, weil es zusätzlich die Beträge für die Abwasserabgabe und das Grundwasserentnahmegeld in Höhe von 31 Cent je Kubikmeter bekomme. Natz bestätigt: „Die Wasserpreise sind seit 2003 um 30 Prozent gestiegen. Ursache dafür sind die Instandhaltungskosten des Leitungsnetzes und der Rückgang des Wasserverbrauchs um 50 Prozent.“

Marianne Rittner



Hartung aus Pankow. „Ich sehe nur, wie die Wasserpreise ständig steigen, kann mich aber dagegen nicht wehren.“ Mit ihrer Unterschrift unterstützt sie das Volksbegehren des Berliner Wassertisches zur „Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge“. Überall in der Stadt sammelt die Initiative Unterschriften. Michel Tschuschke opfert seit Wochen seine gesamte Freizeit. Der Krankenpfleger organisiert die berlinweite Aktion. Oft steht er selbst auf der Straße – wie etwa in Pankow. „Der Platz vor dem Einkaufszentrum an der Breiten Straße ist gut. Wir bekommen sehr viel Zuspruch“, erzählt Tschuschke.

## 30 Prozent Preissteigerung

Knapp 40 000 Unterschriften hat der Wassertisch bisher beim Landeswahlleiter zur Überprüfung eingereicht. Bis Ende Oktober müssen 172 000 Berliner per Unterschrift ihre Zustimmung geben, damit es zu einem Volksentscheid – einer berlinweiten Abstimmung – kommt. Seit fast zehn Jahren schwelt der Streit um die Verträge zwischen dem Senat und den beiden Käufern RWE und Veolia. Sie erwarben zusammen für 1,7 Milliarden Euro 49,9 Prozent der BWB. „Die Vereinbarungen enthalten offenbar Gewinnzusagen, die der Haupteigentümer – das Land Berlin – den beiden Minderheitsgeignern einräumte“, vermutet Thomas Rudek, Sprecher des Berliner Wassertisches.

Die Initiative möchte nicht nur die Verträge sehen. Sie würde sie am liebsten rückgängig machen. „Der Wasserpreis ist seit 1999 um 30 Prozent gestiegen und gehört zu den höchsten in der Bundesrepublik.“ Ein Beispiel: Mieter eines Mehrfamilienhauses zahl-

ungsunternehmen (BBU) auf Akteneinsicht und gewann. Seine Klage auf Rückzahlung scheiterte jedoch. „Wir sind daher für Offenlegung der Verträge“, so BBU-Sprecher David Eberhart. Verbraucherzentrale und Berliner Mieterbund kritisieren die Taktik der Verschleiерung des Senats ebenfalls. Erst die Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts vor einem Jahr machte den Weg für das Volksbegehren frei. Bis dahin blockierte der Berliner Senat es unter anderem mit der Begründung, es verletze „die betroffenen privaten Unternehmen in der Vertrags- und Wettbewerbs-

## Hintergrund Unterschriftenlisten liegen in den Bürgerämtern

Sind Bürger mit Entscheidungen der Landesregierung nicht einverstanden, können sie ein Volksbegehren starten, um beispielsweise erlassene Gesetze zu ändern oder eigene Vorschläge zu unterbreiten. Für

fe mindestens sieben Prozent der Stimmberechtigten (das sind derzeit etwa 172 000 Berliner) per Unterschrift für das Volksbegehren aussprechen. Ist diese Hürde genommen und übernimmt das Berliner Abge-

41 Auslegungsstellen vor allem in den Bürgerämtern eingerichtet. Sie sind montags von 8 bis 15 Uhr, dienstags und donnerstags von 11 bis 18 Uhr sowie mittwochs und freitags von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Die An-

## Was meinen Sie? Leserbarometer

### Ist nach Ihrer Meinung das Wasser in Berlin zu teuer?

Stimmen Sie online ab unter [www.berliner-woche.de](http://www.berliner-woche.de) oder rufen Sie an. Die Hotline ist bis Sonntag, 24. Uhr, geschaltet. Durch Ihren Anruf entstehen Ihnen keine Kosten.

JA 0800/589 05 16 NEIN 0800/589 05 17

Wie unsere Leser abgestimmt haben, erfahren Sie auf der Titelseite der nächsten Ausgabe.

## 70% 80% 90% nur 4 Tage

# Insolvenz-Verkauf

## Marken-Einbauküchen zu unglaublichen Schnäppchenpreisen!!

Küchen aus Insolvenzen, Überproduktionen, Ausstellungsküchen, Foto-Küchen und Neu-Küchen  
Ca. 60 Küchen ausgestellt und 350 Küchen am Lager! Alles sofort lieferbar!

## Alles muss raus!!

Bitte bringen Sie Ihre Küchenmaße mit!  
Unsere Fachberater planen Ihre neue Küche direkt. Diese kann selbstverständlich auch fachgerecht geliefert und montiert werden.

**Wilhelminenhofstr. 89**  
12459 Berlin-Oberschöneweide  
in den „Sprehhöfen“

Nur vom  
**03.09. – 06.09.**  
von 10 bis 19 Uhr

Auch am Sonntag!

Als absoluter Geheimtipp bei „akte 20.10“ gewertet

Infotelefon:  
☎ 030 - 92 37 24 08

# KÜCHEN



Außerdem für unsere Kunden - Highlight der KÜCHEN-BÖRSE:

## Subventionierter Werksküchenverkauf

Werksküchen per Meter

Küchenmaß Meterpreis Gesamtpreis

Küchenmaß	Meterpreis	Gesamtpreis
2,00m	120,-	240,-
2,50m	150,-	375,-
3,00m	180,-	540,-
3,50m	210,-	735,-
4,00m	240,-	960,-